

Homburger Neueste Nachrichten

Anzeiger für Bad Homburg v. d. H. und Umgebung

Bezugspreis: Monatsabonnement R. M. 1.75 einschließlich
Trägerlohn. Erscheint täglich werktags. — Verantwortliche
Redaktion, Druck u. Verlag Kurt Eddes Bad Homburg v. d. H.
Telefon Nr. 2707 — Geschäftsstelle und Redaktion: Bad Homburg v. d. H., Dorotheenstraße 24

Tannus-Post—Homburger Lokalblatt

Anzeigenpreise: Die sechsgespaltene 43 mm breite Nonpareille-
zeile kostet 15 Bfg., auswärts 20 Bfg., im Reklameteil
92 mm breit 50 Bfg. — Die Einzelnummer 10 Bfg.
Postfachkonto: Frankfurt a. M. Nr. 26293.

Nr. 31

Donnerstag, den 6. Februar 1930.

5. Jahrgang.

Neues vom Tage.

— Im Gegensatz zu den Mitteilungen eines Verteidigers im
Tschernowenzerscher Prozess teilt Commander Eder Kampson mit,
daß ihm über eine Besprechung zwischen General Hoffmann und
Sir Deterding und ihm nichts bekannt sei.

— Nach Meldungen aus Portsmouth ist das bei New Hampshire
auf Grund gelaufene amerikanische U-Boot „OIII“ bereits wieder
geborgen worden. Die Beschädigungen haben sich nur als leicht
erwiesen.

— Nach einer Meldung Berliner Blätter aus Madrid hat der
neue spanische Ministerpräsident Berenguer den Schriftsteller Unamuno,
der unter Primo de Rivera ins Ausland flüchtete, amnestiert.

— Wie aus Artemow in Donezgebiet berichtet wird, hat sich
auf der Grube „Karl Marx“ eine Explosion schlagender Wetter er-
eignet, der eine Anzahl Bergarbeiter zum Opfer gefallen ist. Bisher
konnten acht Leichen geborgen werden. Zwei Bergarbeiter wurden
schwer verletzt.

— Wie aus Chicago berichtet wird, wurde dort eine Villa mehr
als neun Stunden lang von Dieben durchwühlt, denen es gelang,
Schmuckstücken und Bargeld in Höhe von 1,2 Millionen Mark zu
sammeln und damit unbemerkt zu entkommen.

— An der südafrikanischen Küste hat man eine Höhle entdeckt,
deren Wände wertvolle Diamanten enthielten, die vom Meer frei-
gespült worden waren.

Das deutsch-polnische Abkommen.

Zusammen mit dem „Entwurf eines Gesetzes über die Haager
Konferenz 1929/30“ ist dem Reichsrat und dem Reichstag soeben
das sogenannte „Liquidationsabkommen“ mit
Polen zur Ratifizierung zugegangen. Das Abkommen ist stark
umstritten und seine Verabschiedung im Reichstag wird daher
mit einigen Schwierigkeiten verknüpft sein. Ueber Inhalt und
Bedeutung des Abkommens erhalten wir von einer gut unter-
richteten Stelle folgende Mitteilungen:

Die Verhandlungen mit Polen gingen darum, neben der Be-
reinigung alter Uebstände einen Ausgleich in gegenseitigen
Forderungen Polen und Deutschlands zu suchen. Daneben sollte
das polnische Liquidationsabkommen geschlossen und im Sinn
des Youngplans eine Vereinigung der aus früheren Zeiten noch
schwebenden Streitigkeiten über Erbschaften aus den durch Polen auf
Grund des Versailler Vertrages vorgenommenen Liquidationen
vorgenommen werden. So kam das sogenannte Liquidationsab-
kommen mit Polen zustande, das in Warschau Ende Oktober ab-
geschlossen wurde. Es behandelt keineswegs nur die Frage des
Verzichts auf die Liquidationen deutscher Rechte, Güter und
Interessen, wie sie durch den Youngplan aufgeworfen worden
sind, man hat vielmehr den Versuch unternommen, alle einiger-
maßen reifen politischen und wirtschaftlichen Probleme, die wie
ein Alpdruck auf der deutschen Minderheit lasteten, zu bereinigen.

Tausende von mittleren und kleineren Existenzen deutscher
Anfiedler wurden bekanntlich immer wieder mit der Liquidation
in bedroht. Polen hat von den ihm für die Zwecke der Ent-
deutschungspolitik besonders verhassten und besonders zuge-
schriebenen eigenartigen Liquidationsrecht reichsten Gebrauch
gemacht. Bisher sind 54 000 Hektar Grundbesitz liquidiert worden;
ferner ging die Zahl der deutschen Anfiedlerstellen durch Liquidation
und Abwanderung von 26 000 auf 12 000 zurück. Weitere
schwere Verluste erlitt das Deutschum in Polen durch Aus-
weisung oder Wegzug der städtischen Bevölkerung. Nach Artikel 3
des Warschauer Vertrages erklärte nun die polnische Regierung
ausdrücklich, auf jede Liquidation deutscher Güter, Rechte und
Interessen zu verzichten, die sie unter Anwendung der Bestim-
mungen des Versailler Vertrages vornehmen könnte oder bereits
beschlossen, aber noch nicht durchgeführt hat. Als Stichtag für
die Einstellung der Liquidationen, die einem Grundbesitz von
mehr als 1000 Hektar noch drohten, wurde der 1. September 1929
festgelegt. Insgesamt handelt es sich um die Erhaltung des
deutschen Restbesitzes von 55 000 Hektar und 12 000 Renten-
güter mit 80 000 unmittelbar interessierten Deutschen.

Wesentlichster Bestandteil des Vertragswerkes ist weiter der
polnische Verzicht auf die Ausübung des sogenannten
Wiederkaufsrechts auf die Rentengüter. Polen hatte sich
bekanntlich nach der Übernahme der ehemals preussischen Ge-
biete und des Korridors auf den Standpunkt gestellt, daß es
gegenüber den vom preussischen Staate in der Zeit vor dem
Kriege dort Angehörigen ohne weiteres in die Rechte seines
Souveränitätsvorgängers eintreten könnte. Polen sollte daraus
das Recht ab, den Siedlern gegenüber das früher vom Preußi-
schen Staat durch die Ansiedlungskommission geltend gemachte
Wiederkaufsrecht zur Anwendung bringen zu können, wenn der
Besitz im einfachen Erbgonne den Eigentümer wechselt. In den
Warschauer Abmachungen verpflichtet sich Polen, im Falle eines
Erbgonnes in auf- und absteigender Linie oder unter Ge-
schworenen und anderen Verwandten auf dieses Wiederkaufsrecht
zu verzichten. Polen hatte sich allerdings das Recht vor-
behalten, das Wiederkaufsrecht dann auszuüben, wenn der be-
treffende Erbe wegen eines Verbrechens oder Vergehens vorbe-
straft wäre. Der Begriff des „Vergehens“ ist inzwischen in noch-
maligen Verhandlungen mit der polnischen Regierung genauer
abgegrenzt worden. Selbstverständlich liegt hierin eine Ver-
schränkung der Sicherung unserer deutschen Minderheit in Polen,
aber auf der anderen Seite ist das Grundprinzip der Besitzbe-

Schober bei Mussolini.

Oesterreichische und italienische Pressestimmen. — Die Südtiroler Frage. — Das Ergebnis der Dienstag-Rücksprache. — Schober wird interviewt.

Südtirols Leiden.

Der österreichische Bundeskanzler Schober hatte am Dien-
stag eine erste Unterredung mit Mussolini. Schober hat der ita-
lienischen Regierung sein Beileid zum Tode des Ministers
Bianchi ausgedrückt und einen Kranz an der Bahre des Toten
niederlegen lassen.

Die Abendblätter widmen dem österreichischen Bundeskanzler
einen herzlichen Willkommensgruß. Die „Tribuna“ schreibt,
Schober sei ein Staatsmann, der folgerichtig handelt und
Kompromisse und parlamentarische Schwächen ablehne, um
Österreich ein organisches und selbständiges Leben zu sichern.
Auch der halbamtliche „Giornale d'Italia“ hebt die Verdienste
Schobers um sein Land hervor.

Wie ein christlich-soziales Blatt berichtet, hat Bundeskanzler
Schober vor seiner Abreise nach Rom mit den Führern der Südtiroler
Bewegung am Samstag eine Aussprache gehabt, bei der
Schober erklärte, daß er in Rom — obwohl er natürlich be-
züglich Südtirol keine Forderungen zu stellen in der Lage sei —
doch darauf hinweisen werde, daß ein herzliches Einvernehmen
zwischen Italien und Österreich einzig und allein von Italien
selbst abhängt. Er werde versuchen, Mussolini auf gewisse Härten
der italienischen Politik in Südtirol hinzuweisen, die einer Aus-
söhnung der beiden Völker im Wege ständen.

Der Oesterreichische Verdienstorden.

Ueber die Unterredung des österreichischen Bundeskanzlers
Schober mit Mussolini am Dienstag wird folgende Mitteilung
ausgegeben.

„Nachdem der Bundeskanzler der italienischen Regierung
für die Österreich auf der Haager Konferenz gewährte Unter-
stützung aus herzlichster gedankt hatte, überreichte er Mussolini
den Goldenen Verdienststern der österreichischen Republik sowie
das erste Exemplar des von der österreichischen Bundesdruckerei
gedruckten Gedenkbuches von Galeazzo Maria Forza. Im Laufe
der Unterredung wurde besprochen, am 6. Februar einen
Freundschafts- und Ausgleichsvertrag zwischen Italien und
Österreich zu unterzeichnen.“

Festigung ebenso anerkannt worden wie die Verchtigung des
Deutschen Reiches in all diesen Fragen die Inter-
essen der deutschen Minderheit in Polen zu
schützen. In der Anerkennung dieses Prinzips, das auch darin
zum Ausdruck kommt, daß die Verhandlungen nicht zwischen den
deutschen Minderheiten und der polnischen Regierung, sondern
zwischen der deutschen Regierung und der polnischen geführt und
zum Abschluß gebracht sind, liegt unter Umständen eine größere
Bedeutung als in den formellen Abmachungen des Vertrages
selbst.

Die deutschen Gegenleistungen liegen nicht auf politi-
schem, sondern auf finanziellem Gebiet und bedeuten
zweifelslos eine neue Belastung des deutschen Steuerzahlers im
Gesamtbetrag von vielleicht 260 Millionen Mark. So hoch
dürfte sich vielleicht der Gesamtbetrag der Entschädigungen be-
laufen, welche die deutsche nunmehr an die liquidierten deut-
schen Eigentümer zu zahlen hat. Die deutsche Regierung ist der
Ueberzeugung, daß der Abschluß des deutsch-polnischen Liquida-
tionsabkommens notwendig ist, sowohl zur Rettung des letzten
deutschen Besitzes in Polen wie zur Anbahnung normaler Be-
ziehungen zur polnischen Regierung.

Die Tscheden gegen das Deutschum.

Ein Appell an den Völkerverbund?

Die deutsche technische Hochschule in Brünn wurde von der
Regierung aufgefordert, binnen 3 Wochen sämtliche Stempel und
Stempel doppelsprachig anfertigen zu lassen und zum Beweise
der Durchführung dieses Befehles Abdrücke der neuen Stempel
der Landesverwaltung vorzulegen. Alle Zeugnisse und sonstigen
Schriftstücke darf sie künftighin nur in tschecher und deutscher
Sprache ausfertigen. Als der Rektor im tschechoslowakischen
Unterrichtsministerium vorstellte, wurde, erfuhr er, daß diese
Maßnahme auf alle sudetendeutschen Hochschulen ausgedehnt
werden soll. Im Verkehr mit den Behörden werden die Hoch-
schulen künftighin nur die tschechische Sprache gebrauchen dürfen.

In einem Gespräch erklärte ein Professor der juristischen Fa-
kultät der deutschen Universität in Prag, daß diese Verfügungen
eine sichere Antwort auf die durch den deutschen Abgeordneten
Prof. Kasla an die Tscheden gerichtete Einladung zu einem
innerpolitischen Haag sei. Sollte die Regierung nicht einsehen,
daß diese Maßnahmen nicht nur ungewöhnlich, sondern auch
durch das Gesetz nicht begründet und ein schwerer Angriff auf
die Sudetendeutschen sei, so werde man sich an den Völkerverbund
wenden.

Schober über die österreichisch-italienischen Beziehungen.

Der „Popolo di Roma“ veröffentlicht die Unterredung eines
Mitarbeiters mit Schober, in der der Bundeskanzler u. a. er-
klärte, er sei mit lebhafter Freude nach Italien gekommen. Die
sehr große Mehrheit des österreichischen Volkes habe seinen Ent-
schluß zur Reise sehr begrüßt.

Der Besuch sei ein deutliches Zeichen dafür, daß die Be-
ziehungen zwischen den beiden Staaten, die einige Zeit getrübt
gewesen seien, jetzt wieder den freundschaftlichen Charakter von
früher angenommen hätten. Als er diese Tatsache von der
Parlamentarischen Tribüne herab feststellte, habe sich in Öster-
reich mit der Befriedigung eine gewisse Ueberraschung verbun-
den. Jetzt sehe man das aber als einen natürlichen Vorgang an.

Schober erinnerte an die italienische Unterstützung in der
Anleihefrage und auf der Haager Konferenz und fuhr dann fort:
Österreich sei der italienischen öffentlichen Meinung und seiner
Regierung auch in etner anderen Frage zu Dank verpflichtet:
Als es nämlich in den vergangenen Monaten zur Verfassungs-
änderung geschritten sei, habe Italien ein Verständnis für diese
Notwendigkeit bewiesen, das man vergeblich in anderen Ländern
haben könne. Die österreichische Politik verfolge be-
stehende Ziele, sei aber gleichzeitig wahrhaft europäisch. Wer
die große Zahl der österreichischen Arbeitslosen kenne, werde
verstehen, daß Österreich alle Kräfte auf diesen Punkt richten
müsse. Österreich habe nicht den Ehrgeiz, auf den verhassten
Schachbrettern der europäischen Politik eine interessante Rolle
zu spielen.

In den zehn Jahren seit der Gründung der Republik habe
Österreich bewiesen, daß es ein Nachbar sei, auf den man sich
verlassen könne und daß ihm das Wohlergehen der benachbarten
Staaten am Herzen liege sowie der allgemeine Friede als die
notwendige Voraussetzung für seinen eigenen Fortschritt. In
den nächsten Monaten werde es die größten Anstrengungen
darauf richten müssen, um seine wirtschaftlichen Schwierigkeiten
zu überwinden. Die Freundschaft mit Italien werde ihm aber
auch auf diesem Gebiet eine wirksame Hilfe sein.

Um die Arbeitszeit im Kohlenbergbau.

Der deutsche Standpunkt.

In der Verwaltungsratsitzung des Internationalen
Arbeitsamtes in Genf fand eine Aussprache über die
Regelung der Arbeitszeit im Kohlenbergbau statt.

Ministerialdirektor Weigert legte den Standpunkt der deut-
schen Regierung dar und erklärte, daß eine internationale
Regelung der sozialen Fragen im Bergbau einen sehr wesent-
lichen Fortschritt darstellen würde, auch wenn sie sich zunächst
nur auf die europäischen Produktionsländer beschränke. Deutsch-
land sei bereit, an einer solchen Regelung mit aller Kraft mit-
zuarbeiten.

Die Wanderung der deutschen Russenbauern.

Die ersten in Brasilien angekommen.

Der Reichskommissar teilt folgendes mit:
Der erste Transport der deutsch-russischen Kolonisten, die
von der deutschen Regierung aufgenommen waren, ist in San
Francisco de Sul (Brasilien) eingetroffen und dort im Auftrage
des Reichskommissars von Regierungsrat Dr. Lange empfangen
worden. Er wird über Blumenau nach dem Siedlungsgebiet
Santa-Hammonia weitergeleitet.

Panzerkreuzer B.

Englisches Interesse dafür.

Die Dienstagveröffentlichung des „Vorwärts“ über die
Rückwirkungen des Baues weiterer deutscher Kreuzer nach dem
Typ der Ersatz „Preußen“ werden von einem Teil der engli-
schen Morgenblätter in größter Aufmachung wiedergegeben.
Namentlich die „Times“ gibt der innerdeutschen Entwicklung
der ganzen Frage größten Raum, stellt aber am Schluß fest, der
Ausgang des Kampfes um den Kreuzer B könne nicht voraus-
gesehen werden, die Möglichkeit bestehe aber, daß die Sozial-
demokraten zurückweichen, um eine Kabinettskrise zu vermeiden.

Was die Rückwirkungen anbelangt, so ist auf Grund der
Kenntnis der Strömungen gerade im französischen Lager fest-
zustellen, daß die Londoner Konferenz vorläufig jedenfalls von

Reichsrat und Young-Plan.

Berlin, 5. Februar.

Was Deutschland zahlen soll.

Die Vollziehung des Reichsrates beschäftigte sich mit den Ergebnissen der Haager Konferenz. Der Generaldirektor Dr. Brecht stellte fest, daß der Durchschnittswert der Annuitäten nach dem neuen Plan einschließlich der Zahlung an die Vereinigten Staaten ohne die Dawes-Anleihe für die ersten 37 Jahre 1922,7 Millionen (für die ganze Zeit 1807 Millionen) betrage, also mit der Dawes-Anleihe etwas unter 2 Milliarden Mark.

Die Entlastung für 1929 betrage, wenn man die Zahlungen an Belgien und den einmaligen Beitrag für die Kommission berücksichtigt, 618,3 Millionen, für 1930 665,1 Millionen und der Gegenwärtswert der ganzen Reparationsschuld berechne sich auf rund 34 Milliarden Reichsmark zu 5 1/2 Prozent. Diese Rechnungsdart sei richtig. Man könne nicht statt dessen die Annuitäten einfach addieren und sagen, daß unsere Schuld 100 Milliarden betrage. Die jetzige Bemessung der Gesamtschuld auf rund 34 Milliarden Gegenwärtswert erinnere an das Angebot der Regierung Fehrenbach-Simons im März und April 1921 in London, das auf 50 Milliarden Goldmark abzüglich der bisherigen deutschen Vorleistungen gegangen sei, wobei nach deutscher Rechnung eine Schuld von etwa 30 Milliarden Gegenwärtswert übrig geblieben wäre.

Die Gläubigermächte hätten damals dieses Angebot — man kann wohl sagen mit Hohn und Spott — zurückgewiesen und hätten statt dessen 132 Milliarden Goldmark in Jahreszahlungen verlangt, die ab 1929 5 Milliarden und ab 1932 6 Milliarden hätten betragen sollen.

Der Gründe, und zwar 1. die sofortige Ermäßigung der Gesamtannuität um zunächst rund 700 Millionen, 2. die Möglichkeit, bei weiterer ungünstiger Wirtschaftsentwicklung neue Verhandlungen herbeizuführen, 3. die wirtschaftlichen katastrophalen Folgen einer Ablehnung, 4. der Fortfall der Finanzkontrolle, hätten die Ausschüsse veranlaßt, trotz der ungeheuren Gesamtschuld die Zustimmung zu dem Abkommen zu empfehlen. Zu diesen finanziellen Gründen komme die Räumung des Rheinlandes bis zum 30. Juni d. J. Die Ausschüsse hätten sich ferner davon überzeugt, daß nach dem neuen Abkommen die Sanctionsklausel des Versailler Vertrages hinfällig werde. Reichsbahn und Reichsbank würden jetzt rein deutsche Unternehmen mit rein deutschen Vorständen und Verwaltungsräten.

Der bayerische Standpunkt.

Für die bayerische Staatsregierung bedauerte der bayerische Ministerpräsident Held, daß im Ausschuss der bayerische Verhandlungsantrag abgelehnt worden sei. Die Finanzlage des Reiches, der Länder und Gemeinden treibe einer Katastrophe

zu. Ohne eine vorherige Sanierung sei es unmöglich, das Haager Abkommen zu erfüllen.

Uebrigens, so betonte der Redner, sei dieses Abkommen wiederum auf der Kriegsschuldbilge aufgebaut. Eine Zustimmung zum Haager Abkommen wäre nicht zu verantworten, wenn nicht im gleichen Zeitpunkt wenigstens Vorkehrungen für eine innere Sanierung der öffentlichen Finanzen des Reiches, der Länder und der Gemeinden getroffen sei.

Erwiderungen der Reichsminister.

Reichsaußenminister Dr. Curtius wandte sich gegen die Bemerkung des Vorredners, daß das neue Abkommen auf der Kriegsschuldbilge aufgebaut sei. Dazu habe er zu erklären: 1. habe die gegenwärtige Reichsregierung, wie alle anderen stets gegen das Kriegsschuldbilge des Versailler Vertrages Einspruch erhoben und werde alles daran setzen, um die Wahrheit ans Licht zu bringen; 2. hätte die deutsche Reichsregierung niemals einen Vertrag vertreten, der die Anerkennung dieses Kriegsschuldbilges in sich geschlossen hätte.

Reichsfinanzminister Dr. Molkenhauer verwies auf seine letzte Reichstagsrede über die energischen Bemühungen der Reichsregierung, schleunigst die Reichskasse zu sanieren und eine durchgreifende Reichsfinanzreform vorzubereiten.

Die Arbeiten seien so weit gefördert, daß heute das Reichskabinett sich mit seinen Vorschlägen zum Haushalt 1930 beschäftigen werde.

Der Reichsrat nimmt den Youngplan an.

Im Reichsrat fand der bayerische Verhandlungsantrag nicht die erforderliche Unterstützung, so daß er nicht zur Abstimmung gestellt werden konnte.

Bei der dann folgenden Abstimmung über das Haager Abkommen wurde der „Neue Plan“ mit 48 gegen 6 Stimmen (Thüringen, Ostpreußen, Brandenburg, Niederschlesien) und bei zwei Enthaltungen (Bayern und Mecklenburg-Schwerin) angenommen.

Das Polenabkommen im Reichsrat angenommen.

Berlin, 6. Febr. Der Reichsrat hat das Polenabkommen mit 43 gegen 12 Stimmen bei 11 Enthaltungen angenommen. Gegen das deutsch-polnische Abkommen stimmten Ostpreußen, Polen-Westpreußen, Brandenburg, Ober- und Niederschlesien, Schleswig-Holstein, Westfalen, Rheinprovinz, Bayern und Mecklenburg-Schwerin. Enthaltungen haben sich Württemberg, Thüringen, Bremen und Oldenburg.

England und die Konferenz.

In den Berichten der Londoner Morgenblätter über die Flottenkonferenz wird zumeist nur der äußere Verlauf der Dinge mitgeteilt. Nur in wenigen Ausnahmen wird an heftigeren Fragen gerührt. Der „Daily Herald“ stellt fest, daß sich gestern zum ersten Male eine neue Front abgezeichnet habe, bei der Frankreich und Italien gegen England und Amerika stünden, während sich Japan völlig neutral verhalte. Auf der anderen Seite glaubt der „Daily Herald“ sagen zu können, daß die Frage der französisch-italienischen Gleichheit nicht mehr so unlösbar erscheine, wie bisher.

Der diplomatische Berichterstatter des „Daily Telegraph“ schreibt ganz im Gegensatz dazu, daß die gestrige Sitzung in völliger Verwirrung endete und einem toten Punkt der Konferenz nahegekommen sei. Nach dem Blatt wird aller Voraussicht nach Amerika in dem nun langsam beginnenden Kampf um Zahlen den Anfang machen und Vorschläge oder einen festen Plan für die wirksamste Methode in dieser Hinsicht unterbreiten.

Politische Tageschau.

— Ermäßigung des Reichsbankdiskont auf 6 v. H. In der Zentralauschussung der Reichsbank wurde bekanntgegeben, daß der Reichsbankdiskont um 1/2 v. H. von 6 1/2 auf 6 v. H. und entsprechend der Lombardzinsfuß von 7 1/2 v. H. auf 7 v. H. ermäßigt wird. Zur Begründung führte der Reichsbankpräsident aus, daß zwar die langfristigen Zinssätze noch immer recht hoch seien und der deutsche Geldmarkt für eine Ermäßigung eigentlich noch nicht geeignet sei. An den ausländischen Geldmärkten seien aber so starke Erleichterungen eingetreten, daß man es doch riskieren könne, den Diskont herabzusetzen. Die Zinsspanne zwischen dem deutschen Satz und dem ausländischen sei immer noch hoch genug, um Rückflüsse zu verhindern.

Preussischer Landtag.

Berlin, 5. Februar.

Zu Beginn der Mittwochsung des Preussischen Landtages wurden zunächst kleine Vorlagen erledigt. Ohne Aussprache wurde der Gesetzentwurf über die Verlängerung des Gesetzes betreffend die Unterbringung der Leiter und Lehrer (Leiterinnen und Lehrerinnen) von staatlichen Lehrer- und Lehrerinnenbildungsanstalten bis zum 31. März 1931 dem Unterrichtsausschuss überwiesen. Hierdurch ist die anderweitige Unterbringung der durch die Umwandlung der Lehrerbildung beschäftigungslos gewordenen bewährten Lehrpersonen auch weiterhin ermöglicht werden.

In Fortsetzung der 2. Beratung des Haushalts des Finanzministeriums wurde die Einzelberatung durchgeführt, zu der keine Wortmeldungen vorlagen. Die Abstimmungen sollen am 10. Februar erfolgen.

Das Haus trat dann in die erste Beratung des Landwirtschaftsammengesetzes ein. Die Vorlage bringt als grundsätzliche Neuerung die Zugelassung der Arbeitnehmervertreter zu den Landwirtschaftskammern.

In der Aussprache betonte Abg. Dermiehl (Dnat.), der Zeitpunkt der Umorganisation sei nicht sehr glücklich.

Landwirtschaftsminister Dr. Steiger führte aus, solange das Reich von seinem Recht aus der Reichsverfassung keinen Gebrauch mache, bleibe das Recht der Länder unbefruchtet in der Sache der Berufsvertretungen, selbst gesetzgebend vorzugehen. Die Reichs-

regierung habe auch keinen Einspruch gegen den Entwurf erhoben. Das Gesetz wolle die Arbeiter an den Landwirtschaftskammern beteiligen. Der Gedanke müsse sich durchsetzen, daß der landwirtschaftliche Arbeiter mit seinen Interessen zur Landwirtschaft gehöre.

Abg. Helmers (Dt. Vp.) bezeichnete es als politisch und praktisch anrichtig, ein preussisches Gesetz einzubringen, wenn das Reich mit der Schaffung eines Reichsammengesetzes auf demselben Gebiet beschäftigt sei.

Abg. Brandenburg (Soz.) erklärte, daß die Interessen der Arbeitnehmer in dem Entwurf nur ungenügend gewahrt seien.

Abg. Wetbes (Dtsh. Frakt.) hielt gleichfalls den Zeitpunkt für eine Neuorganisation des Landwirtschaftskammerwesens für ungünstig. Die Vorlage bereinträchtigt die Selbstverwaltung.

Abg. Nieger-Permdorff (Christl.-Soz. Volksliste) lehnte die Vorlage wegen ungenügender Berücksichtigung der Arbeiterschaft ab. Der Entwurf wurde einem besonderen Ausschuss von 20 Mitgliedern überwiesen.

Nach kurzer Aussprache, in der lediglich die Kommunisten ihren ablehnenden Standpunkt zum Ausdruck gebracht hatten, wurde der Gesetzentwurf verabschiedet, der verschiedene Änderungen in der Organisation der Preussischen Staatsbank (Seehandlung) bringt.

Gleichfalls verabschiedet wurde die Erweiterung des Staatsvertrages zwischen Preußen und Hamburg, wonach die Altonaer und die Hamburger Polizei in beiden Städten zu Exekutivhandlungen berechtigt sein soll.

Darauf vertrat sich der Landtag auf den 18. Februar. Zweite Lesung des Landwirtschaftshaushaltes.

Handelsteil.

Frankfurt a. M., 5. Februar.

— Effektenmarkt. Die Börse war trotz der Diskontierung der Reichsbank allgemein schwächer gestimmt. Es trat infolge des Fehlens der zweiten Hand und des Privatpublikums eine fast vollkommene Orderlosigkeit in Erscheinung.

— Devisenmarkt. Im Devisengeschäft blieb die Lage trotz der Diskontierung fast unverändert. Das Geldangebot aus dem Ausland, besonders aus Frankreich, ist sehr groß und verhindert so einen Anstiegsang. Der Kurs stellt sich auf 4.1880 Rm. je Dollar und 20.363 Rm. je englisches Pfund. Der Gegenwert des Pfundes war 4.8624 Dollar.

— Produktenmarkt. Es wurden bezahlt für 100 Hk. in Rm.: Neuer Weizen 26.25—26.40, neuer Roggen 18, neuer Hafer 16.25 bis 16.50, Mais für Futterzwecke 15.75—16.00, Weizenmehl feinst. 39.50—40.25, niederer. 39.50—40.25, Roggenmehl 26—27, Roggenkleie 8.50.

Berlin, 5. Februar.

— Effektenmarkt. Die Ermäßigung des Reichsbankdiskonts machte auf die Börse nur wenig Eindruck. Das Geschäft war gering, da Aufträge fehlten. Bei unsicherer Tendenz ergaben sich zumeist Schwachungen bis zu 3 Prozent. Später wurde die Grundstimmung eher etwas freundlicher.

— Devisenmarkt. Gegenüber dem Vortage keine Veränderungen von besonderer Bedeutung.

— Produktenmarkt. Märkischer Weizen 236—239, märkischer Roggen 151—163, märkischer Hafer 126—135, Mais 163—164, Weizenmehl 28.25—35.00, Roggenmehl 21.25—24.75, Weizenkleie 8—8.50, Roggenkleie 8—8.25.

Letzte Nachrichten.

Das Republikshutgesetz.

Berlin, 6. Febr. Der Strafrechtsausschuss des Reichstages beendete am Mittwoch die zweite Lesung des Republikshutgesetzes. Auf Antrag des Abgeordneten Dr. Wunderlich wurde der Absatz 2 des § 12, der das Tragen von Abzeichen auflöst, Vereinen mit Gefängnis bestrafen will, gestrichen. Ein gemeinsamer Antrag der Deutschen Volkspartei, der Wirtschaftspartei und der Bayerischen Volkspartei, der die Geltungsdauer des Gesetzes auf drei Jahre beschränken wollte, wurde abgelehnt, so daß es bei der Bestimmung bleibt, wonach das Republikshutgesetz bis zum Inkrafttreten des neuen Strafgesetzbuchs in Geltung bleibt.

Unfall des D-Zuges Passau—Wien.

Passau, 6. Febr. Wie die „Generaldirektion der Österreichischen Bundesbahnen“ mitteilt, entstand an der Lokomotive des D-Zuges 158, der von Passau im Wiener Westbahnhof um 6.40 Uhr eintreffen sollte, ein Schaden. In den Stationen Böheimkirchen wurden durch ausströmenden Dampf der Lokomotivführer und der Heizer schwer verletzt. Ein auf der Lokomotive befindlicher technischer Aufsichtsbeamter verunglückte beim Abspringen von der Lokomotive tödlich. Der Zug setzte nach Herbeischaffung einer Ersatzlokomotive die Fahrt fort und langte mit 1 1/2 stündiger Verspätung in Wien an.

Die Auswirkungen des Dammbruchs in der Grenzmark.

Schneidemühl, 6. Febr. Die Auswirkungen des Dammbruchs bei Flederborn sind noch schwerer, als zuerst angenommen werden mußte. Durch die freigegebenen drei Millionen Kubikmeter Wasser ist in Strechforth eine soeben fertiggestellte neue Betonbrücke von den reißenden Fluten fortgerissen worden, so daß Strechforth jetzt vollkommen abgeschnitten ist. Der Damm selbst ist in Flederborn jetzt vollkommen fortgerissen.

Die Seeräubung.

Washington, 6. Febr. Wie der amtliche amerikanische Funkdienst meldet, sind Amerika und England übereingekommen, im Bau der Großkampfschiffe eine Pause von zehn Jahren einzutreten zu lassen und die Zahl dieser Schiffe auf 15 zu begrenzen. Diese Verständigung soll aus der Konferenz erst bei Beratung der Schlachtschiff-Frage allen Vertretern vorgelegt werden. Der japanische Vertreter sei jedoch bereits verständigt worden. Man erwarte, daß Japan eher bereit sein wird, sofort ein Kampfschiff zu streichen, als bis 1936 zu warten. Amerikaner und Engländer versuchten weiter eine Einschränkung der U-Bootwaffe zu erreichen, an Stelle der Abschaffung und, wie verlautet, die Tonnage für die Klasse auf 100 000 Tonnen zu begrenzen, während Frankreich 124 000 Tonnen fordert.

Die Mannschafft des gestrandeten Dampfers „Nelly“ gerettet.

Stockholm, 6. Febr. Wie aus Helsingfors gemeldet wird, ist es den Bergungsschiffen gelungen, an das Wrack des finnischen Meerbusen gestrandeten dänischen Dampfers „Nelly“ heranzukommen. Da der Sturm etwas nachgelassen hatte, war es möglich, den Kapitän und die 19 Mann starke Besatzung lebend, aber in erschöpftem Zustand, an Bord des Hilfschiffes zu nehmen.

Wie sie abrücken.

Frankreichs Luftfahrtminister erhält 100 Millionen zur Rüstungszwecken.

Bei der Beratung des Haushalts des Luftfahrtministeriums in der Kammer, forderte der Abgeordnete Delevalle von der radikalen Linken energisch die Verbesserung der Luftverteidigung Frankreichs an der Nord- und Nordostgrenze. Im Falle eines Krieges mit Deutschland, so führte der Redner aus, würde der Einbruch in erster Linie auf dem Luftwege erfolgen. Man müsse deshalb eine ausreichende Menge von Bombenflugzeugen an der Nord- und Nordostgrenze in Bereitschaft haben.

Der Luftfahrtminister Laurent-Eynac erklärte hierauf, daß die Maßnahmen zur Flugzeugabwehr zwar nicht zu seinem Ressort gehörten, er habe aber vom Kriegsministerium einen Kredit von 400 Millionen Franken erhalten, um eine gründliche Neuorganisation der Verteidigung durchzuführen.

Ein toter Punkt in London.

Englische und französische Kompromißvorschläge.

Die Sitzung des ersten Ausschusses der Flottenkonferenz galt der weiteren Beratung der französischen und englischen Kompromißvorschläge. Im Anschluß an die Ausschusssitzung fand eine Besprechung zwischen den Hauptdelegierten statt. Hierüber wird mitgeteilt, die Delegierten seien übereingekommen, zunächst den französischen Vorschlag durchzuberaten und abschnittsweise den jeweils vergleichbaren Teil des britischen Vorschlages heranzuziehen.

Von französischer Seite verlautet weiter, daß in der nun im Vordergrund stehenden Frage der Tonnageübertragung zwischen England, Amerika und Japan Übereinstimmung darüber herrsche, daß außer Schlachtschiffen, Flugzeugmutterschiffen und schweren Kreuzern auch U-Boote von der Übertragung ausgeschlossen werden müßten. Die Italiener bekannten sich zu dem Grundsatze der Begrenzung der Gesamttonnage, schiedelten sich jedoch ihre Entscheidung je nach dem Verlauf der weiteren Verhandlungen vor.

Ein französischer Abfertigungserfolg.

Die Pariser Blätter stellen einmütig fest, daß die Londoner Flottenkonferenz endlich die Arbeiten begonnen habe, derentwegen sie vor zwei Wochen zusammenberufen worden sei. Mit Genualung wird hervorgehoben, daß beschlossen wurde, den französischen Vorschlag als Verhandlungsgrundlage zu nehmen. Im „Echo de Paris“ vertritt Bertinaz die Auffassung, daß die französische Flotte die ihr zukommende Stellung in der Welt erhalten werde. Man könne von einem Abfertigungserfolg des französischen Standpunktes sprechen.

Meußbörffer bleibt in Haft.

Die Unterredung mit dem Staatsanwalt. — „Schubert“ und Popp haben andere Sachen auf dem Korbholz.“

Bei einer Unterredung mit einem Mitarbeiter einer Depeschagentur teilte, einer Bayreuther Meldung zufolge, der Staatsanwalt zur Affäre Meußbörffer mit, daß sich Meußbörffer noch in Haft befinde und an eine Entlassung nicht gedacht werde. Wichtig sei an der Erklärung des Rechtsanwalts, daß sich die Arbeiter Schubert und Popp in Haft befänden.

Falsch aber sei es, daß es sich dabei um diesen Mord handle; sie hätten andere Sachen auf dem Korbholz. Zu allen anderen Behauptungen äußerte sich der Staatsanwalt nicht, da nach seiner Meinung dadurch die Voruntersuchung beeinträchtigt werden könnte.

Von einem nach Kulmbach entsandten Zeitungsvertreter wird zu der Affäre Meußbörffer neuerdings bestätigend mitgeteilt, daß sich die Arbeiter Schubert und Popp schon seit dem November in Untersuchungshaft befinden. Gerade das schließe alle Sensationsmeldungen aus, die behaupten wollten, die beiden seien bestochen. Nach den Angaben des einen Verhafteten sei in einiger Entfernung vom Hause Meußbörffers die vermittelte Puppe des einen Täters in einem Gebüsch gefunden worden.

Aus der Erklärung der Familie Meußbörffer ist noch zu erwähnen, daß in der Villa schon früher mehrere kleine Diebstähle vorgekommen seien, denen man aber keine besondere Bedeutung beigelegt habe. Mitte Januar habe sich eine Person gemeldet und angegeben, die Arbeiter Popp und Schubert seien die Diebe.

Die Person habe auch gesagt, daß Popp und Schubert den Plan besprochen hätten, Kommerzienrat Meußbörffer nachts zu überfallen, zu knebeln und zu verschleppen und ihn nur gegen ein Lösegeld von 50 000 Mark wieder freizugeben. Daraufhin seien die beiden Arbeiter in Untersuchungshaft genommen worden.

Gesamtrat Meußbörffer versicherte dem Vertreter einer Depeschagentur, daß nicht nur nach seiner, sondern auch nach der Überzeugung der gesamten Familie Meußbörffer, sein Bruder ganz unschuldig sei und die verhafteten Arbeiter Schubert und Popp ausschließlich und allein als Täter in Betracht kämen.

Vorläufige Gutachten der Sachverständigen.

Eine Darstellung über die letzten Augenblicke der Frau Meußbörffer.

In der bereits kurz mitgeteilten Erklärung der Familie Meußbörffer wird eingangs gesagt, daß ein Erlanger Universitäts-

professor auf Grund der Zeichnungsprotokolle ein vorläufiges Gutachten abgegeben habe, daß Lungenleiden mit Herzlähmung die Todesursache der Frau Meußbörffer gewesen sei. Der Sachverständige der Staatsanwaltschaft, Professor Dr. Fischer-Würzburg, dagegen habe ein vorläufiges Gutachten abgegeben, daß gewaltsamer Tod in Frage käme. Sein schriftliches Gutachten stehe heute nach zweieinhalb Monaten noch aus.

Die Täter selbst seien, so schildert der Brief fortsetzend, in Strümpfen nachts in die Villa eingestiegen. Beim Betreten des Schlafzimmers der Frau Meußbörffer habe diese gefragt, wer da sei, daraufhin sei Popp über das Bett hingesprungen und habe ein Messer oder eine Steppdecke auf die Frau gedrückt, so daß sie nicht mehr schreien konnte.

Am Schluß des Briefes wird der Meinung Ausdruck gegeben, daß Frau Meußbörffer von den Tätern gedroht, aber nicht erdroht oder erwürgt wurde, daß sie aber infolge der Mißhandlung und des ausgesprochenen Schreckens eine Herzlähmung mit Lungenödem bekam, was den Tod herbeiführte.

Wie man aus Kulmbach erfährt, hat die Polizeibehörde gegen das Schweigebot, das ihr vom Untersuchungsrichter auferlegt worden ist, Beschwerde eingelegt, weil man der Verbreitung von sensationellen Meldungen Tür und Tor öffnete.

Mord, Brandstiftung, Selbstmord!

Schreckliches Drama in einem oberfränkischen Städtchen. Ein Geisteskranker erschießt seinen Arzt.

In Kirchensamitz (Oberfranken) erschoss der 29-jährige Sohn des Pfarrers Günther den praktischen Arzt Dr. Claus, als ihn dieser zur ärztlichen Untersuchung aufsuchte. Er gab aus seinem Infanteriegewehr einen Schuß auf den Arzt ab, der diesen so schwer verletzte, daß er eine Stunde später verstarb.

Günther schloß sich dann in ein Zimmer ein, in dem er einen Brand legte. Das Feuer breitete sich rasch aus, so daß das Eingreifen der Feuerwehr nötig war. Daraufhin schoß sich Günther mit seinem Infanteriegewehr eine Kugel in den Kopf und war sofort tot.

Günther, der schon längere Zeit geistige Störungen zeigte, war bisher als Referendar bei der Deutschen Reichsbahn beschäftigt. Dr. Claus war 36 Jahre alt und verheiratet.

Das Handwerk im Januar.

Neuerst ungünstige Bilanz. — Wegen Kapitalmangel kann nicht gebaut werden. — Rechnungen, die nicht bezahlt werden.

Vom Reichsverband des Deutschen Handwerks wird über die wirtschaftliche Lage im Monat Januar eine ausführliche Darstellung gegeben. Sie besagt im wesentlichen:

Entsprechend der allgemeinen schlechten Lage der Wirtschaft war auch im Handwerk die Wirtschaftslage im Monat Januar äußerst ungünstig. Die Berichte der einzelnen Kammern weisen fast übereinstimmend für sämtliche Berufe darauf hin, daß die Entwicklung der wirtschaftlichen Verhältnisse im Handwerk sich sehr schlecht gestaltet hat. Selbst die Handwerksberufe, die normalerweise im Berichtsmontat gute Beschäftigung aufzuweisen haben, sind mit dem Geschäftsgang sehr unzufrieden.

Die Handwerksberufe, die aus dem milden Wetter einen Vorteil hätten ziehen können, das Bauhaupt- und die Baunebenberufe, mußten wegen der bestehenden großen Geld- und Kapitalknappheit die günstige Zeit ungenutzt verstreichen lassen. Auch die Baunebenberufe hatten mit Ausnahme des Dachdeckerhandwerks, das für die Jahreszeit verhältnismäßig zufriedenstellend beschäftigt war, fast keine Arbeiten auszuführen. Lediglich die Fertigstellung der aus früheren Monaten vorliegenden Aufträge gab vereinzelt den Betrieben noch etwas Beschäftigung. Die ungeklärte wirtschaftspolitische Lage und der Beschluß des Deutschen Städtetages auf Troststellung der Neubautätigkeit haben im Baugewerbe größte Beunruhigung hervorgerufen.

Nach wie vor wird auch über den schlechten Zahlungswillen der Kundschaft geklagt. Die Begleichung ratenweiser Zahlungen erfolgt immer schleppender. Trotz der Senkung des Reichsbankdiskonts ist auf dem Kapitalmarkt noch keine fühlbare Entspannung eingetreten. Langfristige Kredite waren für das Handwerk schwer zu bekommen. Schwer betroffen wurde das Handwerk auch häufig durch Konturste und Vergleichsverfahren seiner Schuldner.

Die Trümmer des Flugzeuges von Gieson aufgefunden. Wie aus Moskau gemeldet wird, ist es dem amerikanischen Flieger Crofton und dem sowjetrussischen Flieger Elexnew gelungen, einwandfrei zu ermitteln, daß die Flieger Gieson und Vorland in dem Gebiete des Flusses Amurjama ums Leben gekommen sind, wo die Trümmer ihres Flugzeuges aufgefunden wurden. Die weitere Suche ist als ungewinnlich eingestellt worden.

Zwangsversteigerung.

Freitag, den 7. Februar 1930, nachm. 3 Uhr, versteigere ich im Bayr. Hof Dorotheenstr. 24 zwangsweise öffentlich, meistbietend, gegen Barzahlung:

Herrenzimmer, Billardzimmer, Musikzimmer, Spielzimmer, Büro.

Bad Homburg, den 6. Februar 1930.

Schneider, Obergerichtsvollzieher.
Cronbergerstr. 3

Bekanntmachung.

„Straßenbenennung“.

Die von der Ferdinands-Anlage zwischen den beiden Städt. Neubauten hindurch führende Straße führt fortan den Namen

„Adolf Rüdiger-Straße“

Die Straße, die von der Schleißnerstraße parallel mit der Ferdinandsstraße in der Richtung Krankenhaus abbiegt, heißt fortan

„Jacobi-Straße“.

Bad Homburg, den 3. Februar 1930.

Die Polizeiverwaltung.

Allg. Ortskrankenkasse

Bad Homburg v. d. A.

Die für den Monat Januar fällig gewordenen Beiträge sind bis spätestens 10. d. Mts. einzuzahlen. Es wird zur Einzahlung aufgefordert mit dem Hinweis, daß diese Aufforderung bei Nichtbeachtung als Mahnung gilt. Für Rückstände, die bis spätestens 13. ds. Mts. nicht gezahlt werden, sind außer den gesetzlichen Verzugszuschlägen die Beitreibungsgebühren zu entrichten.

Bad Homburg, den 5. Febr. 1930.

Der Vorstand.

Oratorienchor Bad Homburg.

Samsstag, den 8. Februar, abends 8 Uhr im „Saalbau“

3. Aufführung des Oratoriums

Die hl. Elisabeth

Eintritt 1. —, für Erwerbslose und Schüler 0.50 Mk.

Sichere Existenz

Gessen Wochenlohn und hohe Provision

zahlen wir an strebsames, sauberes junges Ehepaar bei vertraglicher Anstellung für Belieferung der von uns nachgewiesenen Privatkundschaft mit Lebensmitteln. (Nicht nebenberuflich). Vorkenntnisse nicht erforderlich, da Anlernung durch unser Personal. Alle notwendigen Utensilien, Transportmittel usw. werden zur Verfügung gestellt. Bedingung: Bewerber müssen einen kühlen, lustigen Raum oder Keller mit Fenster zur Lagerung der Ware sowie eine kleine Sicherheit in irgend einer Form stellen. Angebote mit Altersangabe von Bewerberin wohnhaft in Bad Homburg erbeten unter S. S. 8885 an die Expedition ds. Bl.

Verantwortlich für den redaktionellen Teil: S. Herz Bad Homburg; für den Anzeigenenteil: Jakob Klüber Oberursel

Erlöserkirche, Bad Homburg

Sonntag, den 9. Februar 1930,
abends 8 Uhr

Orgelfeierstunde

unter Mitwirkung

des Chors u. des Orchesters des Staatl. Kaiserin-Friedrich-Gymnasiums verbund. mit Realschule

Büro für Rechts- und Grundbuchsachen
Hypothekenvermittlung

Wilhelm Weinbrenner

Rechtsbeistand Bad Homburg
Telefon 2088 Luitelstraße 94 II

Für Karnevals-Veranstaltungen



Eintrittskarten

Programme

Plakate

Lieder

liefern in ein- und mehrfarbiger Ausführung sehr preiswert die

Homburger Neuesten Nachrichten

Hypothekencapital

auf gute Objekte und an pünktliche Zinszahler zu günstigen Bedingungen auszuleihen durch

H. E. Ludwig,

Luitelstraße 103

Telefon 2257

A. Schweitzer

Schreiner - Meister

Werkstätten f. erstklassige Neu- u. Reparaturarbeiten in Bau und Möbel

Dorotheenstr. 25 Tel. 2244
Prompte Bedienung

Gonzenheim.

Alltägliche Bekanntmachungen.

Auf dem hiesigen Bürgermeisteramt liegt ein Exemplar des genehmigten 1. Nachtrages zu den Unfallversicherungsvorschriften der Hess. Nass. Landwirtschaftl. Berufsgenossenschaft zur Einsichtnahme der Interessenten aus.

Gonzenheim, den 4. Februar 1930.

Die Polizeiverwaltung.

60 RM. Wochenlohn

oder allerhöchste Provision erhält jeder, der den Vertrieb meiner Fabrikate an Private über.

Branchenkenntn. nicht erforderlich.
L. Glöner, Westerbürg.

Adressenschreiber

gesucht.
Allee Plum, Adressenverlag
Düsseldorf-Oberkassel.

Flechten

trocken oder naß werden sofort ohne Verunstaltung beseitigt. Näheres kostenlos.
Sanitas, Zirndorf/Bay.
Hürtherstr. 30.

Wate

der Wunderlee, kein Rauchgeschmack, Bombilla zum trinken.

Taunus-Drogerie
Carl Mathay G. m. b. H.

Nichtraucher

Auskunft kostenlos:
Sanitas-Depot Halle a. S.
V. 75

Alle Leute v. Geschmack

nehmen

Bi- u. Bubi-Bach

Auch tägl. frisch. Bruchzwischad direkt von der Fabrik Luitelstraße 76.

Frische Seefische

Räucherwaren, Marinaden
Täglich abends frisch
gebackene Fische
jets fr. Land u. Trinkeit

Wilhelm Held

Marktlauben Tel. 2758

Leibblinden

Plattfussnadeln
fertig und nach Mass
nur vom alleinigen Fachmann
am Platze.
Lieferant sämtl. Krankenkassen

Karl Sahn

Organisation der Krebsbekämpfung.

Nicht weniger als 60 000 Deutsche sind im Jahre 1928 am Krebs gestorben, 50 000 an Tuberkulose; auf 10 000 Einwohner berechnet, also 10,7 an Krebs, 9,3 an Tuberkulose. Die Sterblichkeitsziffer für Krebs hat in den letzten Jahren ständig zugenommen. Da ergibt sich die Bedeutung der Frage nach der Notwendigkeit einer Organisation zur Bekämpfung des Krebses, wie sie seit langem zur Bekämpfung der Tuberkulose und zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten besteht, von selbst. Vom Präsidenten der Landesversicherungsanstalt Hannover, Dr. Frommhold, werden zu diesem bedeutungsvollen Thema folgende wichtigen Ausführungen gemacht:

„Es ist die Frage aufzuwerfen: „Ist jetzt der geeignete Zeitpunkt zur Schaffung einer Organisation zur Krebsbekämpfung?“ Die Anzahl der Sterbefälle rechtfertigt die Gründung einer solchen Organisation, denn an Krebs sterben zur Zeit mehr Leute, als an jeder anderen Krankheit. Der Krebs ist zu einem erheblichen Prozentsatz eine heilbare Krankheit. Gelingt es, einen großen Teil der Unterleibskrebskranken, meist kinderreichen Frauen, die häufig im Alter zwischen 35 und 45 Jahren sterben, noch fünf bis zehn Jahre ihren Familien, ihren Kindern zu erhalten, so ist das eine volkswirtschaftliche Tat.

Eine Organisation zur Bekämpfung des Krebses soll in erster Linie die Forschung unterstützen. Das Ziel dieser Forschung ist in erster Linie auf die Verbesserung der Frühdiagnose zu richten, denn alle Heilerfolgsstatistiken beweisen, daß die Heilversuchsaussichten mit dem Fortschritt der Krankheit rapide sinken. Die Organisation soll ferner aufklären. Darüber, ob man sich hiermit an die Gesamtheit des Volkes wenden soll, sind die Meinungen sehr geteilt, denn die einen befürchten davon eine Krebspsychose, wodurch man das Volk beunruhigen und viel überflüssige Arbeit machen könne. Festzustellen ist dazu, daß es bisher nicht gelungen ist, ein geeignetes Merkblatt in gemeinverständlicher Form herzustellen. Jedenfalls rechtfertigt der Stand unserer Wissenschaft zur Zeit eine Volksaufklärung beim Unterleibskrebs der Frau, vielleicht auch bei Krebsen an der Zunge und Mundhöhle. Aufzuklären ist auch unter den Funktionären der Wohlfahrtsämter und der Versicherungsträger über die Behandlungsmöglichkeiten und der Heilerfolge.

Die wichtigste Frage nennt Präsident Frommhold die der Behandlungsstellen. Es werde nicht zu umgehen sein, daß die erforderlichen großen Radiummengen von vier bis fünf Gramm, die für die Behandlung einzelner Fälle und für die Forschung unentbehrlich seien, in Deutschland nur an einer kleinen Anzahl von Stellen konzentriert werden. Ein Gramm Radium kostet 200 000 Reichsmark. Im übrigen sollten Behandlungsstätten mit kleineren Mengen Radium in Universitätsstädten und den Großstädten eingerichtet werden. Präsident Frommhold kommt in seiner Betrachtung zu dem Ergebnis, daß der Zeitpunkt, zu dem man an eine Organisation der Krebsbekämpfung herangehen solle, jetzt da sei.

Die Todesursachen.

449 709 Sterbefälle im Jahre 1928 in Preußen. — Rückgang der Sterblichkeitsziffer auf 115,3.

Wie der Amtliche Preussische Pressedienst schreibt, starben nach Mitteilung der „Statistischen Korrespondenz“ im Jahre 1928 in Preußen (ohne Saargebiet) 449 709 Personen (228 184 m., 221 525 w.) gegen 461 938 (232 953 m., 228 985 w.) im Vorjahre. Die Staatssterblichkeitsziffer ist, nach einem Anstieg von 115,9 auf 119,3 im Vorjahre, diesmal bis unter den Stand des Jahres 1926 auf 115,3 (130,3 m., 110,6 w.) zurückgegangen. Zu dem allgemeinen Sterb-

lichkeitsrückgang im Jahre 1928 hat besonders das Nachlassen der Grippe beigetragen, die nur 8635 Todesfälle gegen 19 860 im Vorjahre aufwies. Die Sterbeziffer dieser Todesursache, die im Vorjahre 5,1 betrug, war mit 2,2 auch niedriger als während der Jahre 1924—1926.

Der bisherige Rückgang der Tuberkulose hielt auch im Berichtsjahre an. Die Zahl der Sterbefälle fiel von 37 244 auf 34 027, die Sterbeziffer von 9,6 auf 9,0. Eine weitere bedeutende Abnahme von rund 4000 Sterbefällen konnte bei der Todesursache Altersschwäche festgestellt werden; ihre Sterbeziffer fiel von 12,2 auf 11,0. Diese Abnahme dürfte jedoch zum Teil auf die genauere Erfassung der eigentlichen Todesursachen älterer Leute zurückzuführen sein. In geringerem Umfange sank die Sterbeziffer noch bei Lungenentzündung, bei der Krankheiten der Atmungsorgane und des Nervensystems. Bei den epidemischen Kinderkrankheiten wiesen die Sterbeziffern für Masern und Scharlach sowie für Keuchhusten Abnahmen auf.

Zugenommen haben dagegen die Todesfälle infolge Erkrankungen der Kreislauforgane um rund 4500; die Sterbeziffer stieg von 18,1 im Jahre 1927 auf 19,1 im Berichtsjahre. Gegenüber der fortschreitenden Abnahme bei der Tuberkulose fand bei Krebs eine weitere Zunahme statt. Seit 1924 ist die Sterbeziffer von 9,1 auf 10,5 im Vorjahre und auf 11,1 bei einem Mehr von 2500 Todesfällen gestiegen. Bei dieser Todesursache kommt neben der ständigen besseren Erfassung der Sterbefälle die zunehmende stärkere Befragung der höheren Altersklassen als Ursache des Anstiegs der Krebstodesziffer in Betracht. Weitere Zunahmen der Sterbeziffern wurden bei den Harn- und Geschlechtskrankheiten, bei Diphtheritis, beim Kindbett, bei der Blinddarmentzündung, bei der Zuckerkrankheit und beim Scharlach festgestellt.

Entsprechend der Staatsdurchschnittsziffer ist in fast allen Regierungsbezirken die Sterbeziffer mehr oder weniger zurückgegangen; nur in den Bezirken Opperlun, Berlin, Mecklenburg, Rönin und Aachen war ein Anstieg nachweisbar, der aber bei den vier letzten Bezirken ganz unbedeutend war.

Aus dem Arbeitsrecht.

Nicht jeder Betrieb fällt unter eine Tarifbestimmung.

Vielfach herrscht, und namentlich in Arbeitnehmerkreisen, die irrthümliche Vorstellung, daß heute jede Arbeitsleistung nach den Bestimmungen irgendeines bestehenden Tarifvertrages entlohnt werden müsse, auch dann, wenn der Betrieb des Arbeitgebers nicht ausdrücklich in den Rahmen eines solchen bestehenden Tarifvertrages eingepaßt ist. Insbesondere glaubt man, daß jeder Betrieb von irgendeinem der für allgemeinverbindlich erklärten Tarifverträge erfasst werden müsse und daß tariffreie Betriebe nicht vorhanden sein dürften. Durch eine bemerkenswerte Entscheidung hat nun das Reichsarbeitsgericht festgestellt, daß diese Annahme durchaus nicht richtig sei.

Es handelte sich darum, daß der Nachbote eines Nachrichtenbüros nach seinem unter Beachtung der vertraglichen Bestimmungen erfolgten Austritt für die Zeit seiner Tätigkeit bei diesem Büro nachträglich die Entlohnung zunächst nach dem Transportarbeiter- und später nach dem Großhandelsstaris forderte. Diese Forderungen sind vom Arbeitsgericht und Landesarbeitsgericht abgewiesen worden, weil beide Instanzen nicht in der Lage waren zu entscheiden, ob der Betrieb des Nachrichtenbüros unter eine der von dem Kläger begehrten tariflich erfaßten Kategorien fiel. Das Reichsarbeitsgericht hat die Revision des Klägers gegen diese Entscheidungen kostenpflichtig zurückgewiesen. In dieser Entscheidung heißt es ganz klar und deutlich, daß der Betrieb des Nachrichtenbüros in keinem der von dem Kläger angezogenen

tariflichen Ansprüche enthalten sei. Nach der Eigenart des Betriebes könne es sich auch nicht um einen solchen handeln, für den diese Tarifverträge Geltung hätten. Es müsse den Parteien anheimgegeben werden, wenn sie ihre Beziehungen tariflich regeln wollten. Es hätte bei Aufstellung der Tarife das Nachrichtenbüro ausdrücklich in den Kreis der Betriebe aufgenommen werden müssen, die zu den vom Tarifvertrag erfaßten Betrieben gehören.

Welt und Wissen.

Was ist Blutdruck?

— Das Blut wird beim Zusammenziehen der Herzmuskeln in die Adern getrieben. Diese sind mit elastischen Wänden, die daher von dem strömenden Blut unter Druck stehen. Dieser Blutdruck ist nicht gleichmäßig, er ändert sich durch mannigfache Ursachen: körperliche und geistige Arbeit, im Schlaf, bei der Verdauung, durch Gemütsbewegungen aller Art, Rauchen und Alkohol. Im allgemeinen gleicht sich dies wegen der Elastizität der Gefäßwände aus, und der Druck ist wenig bemerkbar. Anders bei krankhaften Veränderungen, besonders der Gefäßwände selbst. Dann wird der Blutdruck abnorm hoch, und der Arzt, der ihn mit besonderem Apparat mißt, kann daraus wichtige Schlüsse ziehen.



Ein 100 Jahre altes Museum.

Das von Karl Friedrich Schinkel erbaute „Alte Museum“ in Berlin blüht in diesem Jahr auf ein 100jähriges Bestehen zurück.

Die Aufgaben der Verkehrswacht.

Verkehrssicherheit muß Kulturgut des ganzen Volkes werden!

Die Deutsche Verkehrswacht, eine gemeinnützige Vereinigung zur Verkehrserziehung und Unfallverhütung, hielt in Berlin ihren Vertretertag ab. Bei dieser Gelegenheit hielt Dr. Volkmann-Düsseldorf einen interessanten Vortrag über „Verkehrs- und Unfallverhütung im Ausland“.

Der Gedanke der Unfallverhütung sei von den Amerikanern ausgegangen, und zwar weniger aus ideellen als aus geschäftlichen Gründen. Man habe in Amerika schnell erkannt, daß die Summen, die man für Unfallverhütung zur Verfügung stellte, sich rentierten, so daß die Unfallverhütung bald Allgemeinwohl aller Bevölkerungsfreie wurde. Heute gebe Amerika ungeheure Summen für Verkehrsverbesserung aus, und in den großen Kongressen der National Safety Council würden immer weitere Kreise für die Unfallverhütung, selbst die Jugend, aufgeboten. Das Hauptaugenmerk sei auf die Erzie-

DIE LIEBE DER BRIGITTA HOLLERMANN

Roman von Elisabeth Ney

Copyright by Martin Feuchtwanger, Halle (Saale).

146

Und Brigitta Hollermann träumte in dieser ersten Nacht von zwei blauen, ersten, ach nur zu gut bekannten Männeraugen, die näher und näher kamen, bis sie ganz in den ihren zu versinken schienen. Dann sank sie, und sank immer tiefer, und erwachte mit einem Namen auf den Lippen.

„Hans-Jörg“, klang er in ihr.

Sie richtete sich in ihrem Bett auf und sah, daß es noch Nacht war.

Wieder nagte die seltsame Unruhe in ihr, so daß sie zuletzt aufatmend einen Morgenrock überwarf und hinaus auf die kleine Veranda ihres Zimmers trat.

Die Nacht war warm und eigentümlich feucht.

Unter ihr lag jetzt tief schwarz das Wasser des Ozeans. Tausend Lichter glühten vom Ufer her und von den unzähligen Schiffen, die wie lichte Gestalten gespenstisch langsam dahinglitten.

Weiter links lag, wie in unzählige Feuerlinien getaucht, die Stadt Hongkong mit ihren großstädtischen, europäischen Restaurants, feenhaft beleuchteten Cafés und Gärten.

Lange stand Brigitta unbeweglich, und sah träumend auf diese glühende Märchenwelt.

Ihr Traum fiel ihr wieder ein.

„Werden Sie sich, was Sie geträumt haben, man sagt, daß es in Erfüllung ginge“, hatte der Missionar gesagt.

Sie lächelte bitter.

Hans-Jörg Eggenbrecht war wohl nun für sie für immer verloren, nachdem sie selbst Länder und Meere zwischen ihn und sich gesetzt hatte.

Wo mochte er wellen?

„Lieber Gott, wenn ich nur das eine wüßte, ob er noch lebt und ob er wohl noch an mich denkt“, flüsterte sie traurig, und eine Träne löste sich langsam aus ihren Augen.

Dann aber lachte sie bitter auf.

Wie konnte sie von ihm ein freundliches Gedenden erwarten, wo er doch in jener Nacht gedemütigt, bis ins Innere getroffen, von ihr gegangen war?

Müde lehnte Brigitta endlich ins Zimmer zurück, und erst ganz allmählich fand sie den allerbarmenden Schlaf.

„Tante Gitta, liebe Tante Gitta!“ Bald schallte auch hier dieser Ruf der kleinen, bunt zusammengewürfelten Schar sehnsüchtig nach der stets heiteren, blonden Schwester, die so schön zu erzählen und zu spielen verstand, wie keine der anderen Schwestern.

Aber nicht nur die Kleinen, auch die Erwachsenen fügten sich ganz Brigittas gütiger Leitung, die sie fest und bewußt in ihren kleinen Händen hielt.

Missionar Voldekamp kam des Abends stets vom Missionshaus herüber, und dann saßen sie an den herrlich warmen Maientagen auf der großen Partierasse und plauderten von der alten Heimat.

So war Brigitta Hollermann restlos glücklich, bis auf das nagende innere Leid, das hier beinahe noch stärker an ihr zehrte als in der alten Heimat.

Vier Wochen erst weilte sie hier in der neuen Welt, und doch schien es ihr, als sei es nie anders gewesen.

An Schwester Christiane und Onkel Vöhrmann hatte sie begeisterte Briefe abgeschickt. So war alles schön und gut, und allmählich tröstete sich auch Brigittas Gefundheit in der reinen Vergnügung.

Da kam der Tag, der alles mit einem Schlag änderte, und in Brigittas Wesen etwas Fieberndes, Rasstosches brachte. Sie glaubte da unten in Hongkong Hans-Jörg Eggenbrecht gesehen zu haben.

Missionar Voldekamp mußte eines Morgens Besorgungen halber nach Hongkong hinab, und nahm Schwester Brigitta mit, um ihr bei dieser Gelegenheit die Stadt eingehender zu zeigen.

Man benutzte ein Auto.

In einem eleganten europäischen Café, auf dem entzückenden Dachgarten, wartete Brigitta Hollermann, beglücklich eine Tasse Schokolade schlürpfend, auf Herrn Voldekamp, der einige Besorgungen im Kon-sai zu erledigen hatte.

Voldekamp mußte sie hier gut aufgehoben, und war beruhigt seines Wegs gegangen.

Brigitta sah hinab auf das Treiben und Wogen des sich ununterbrochen dahinschiebenden Menschenstroms in den Straßen. Elegante Frauen aller Nationen, in den Mischas sitzend, von schweißtriefenden Chinesen gezogen, jagten vorüber, oder sie gingen sicheren Fußes durch das Gewühl.

Brigitta sah es lebhaft-begeistert. Dies alles hatte immer und immer wieder etwas Packendes, Neues, Wunderbares an sich.

Plötzlich aber stockte ihr Atem, und ihr Blick weitete sich schreckhaft, bis zur völligen Starrheit.

Alles Blut wich in diesem Moment aus ihrem Gesicht, und stutete ebenso schnell wieder heiß zur glühenden Rote darin zurück. Fest klammerte sie sich an die Balustrade, und bog sich weit darüber hinweg.

hung der Wegebenutzer gerichtet, denen in zahllosen Unfallverhütungsbildern, Filmvorführungen, Vorträgen und Presseaufsätzen Verkehrsdisziplin beigebracht werde. In Europa stehe England in der Unfallverhütung an der Spitze. Man habe in England ebenso wie in Amerika erkannt, daß Unfallverhütung auf einer planmäßigen Klärung der Unfallursachen beruhe. Aus diesem Grunde bestreibe man sich, überall gute Straßensitten zu propagieren.

Der Redner warf dann die Frage auf, ob Deutschland von der ausländischen Unfallverhütung lernen könne. In der industriellen Unfallverhütung marschiere Deutschland mit an der Spitze der anderen Nationen. In der Verhütung von Straßunfällen sei Deutschland jedoch noch etwas im Rückstande. Das ergebe sich vor allem aus der Tatsache, daß in Preußen auf 1000 Fahrzeuge 6,5 tödliche Unfälle, dagegen in den Vereinigten Staaten nur 2,0, in England 1,0 und in Kanada 0,5 tödliche Unfälle auf dieselbe Anzahl von Fahrzeugen zu verzeichnen seien. Von den Verkehrswachten sei zwar schon sehr viel für die Hebung der Sicherheit getan worden, doch dürfe es dabei nicht bleiben. Man müsse auch in Deutschland durch Verbesserung der Gesetzgebung, Erziehung der Wegebenutzer, Verkehrsunterricht in den Schulen, durch Filmvorführungen, Mitarbeit der Presse usw. die Sicherheit auf der Straße fördern. Ueberhaupt müsse die Verkehrssicherheit allgemeines Kulturgut des deutschen Volkes werden.

Hierauf sprach Direktor Dr. Schmahlf-Königsberg über „Verkehrsunfälle in Ostpreußen“. Ostpreußen verfüge als dünnbesiedeltes Land über ein weitmaschiges Straßennetz, in dem es sehr wenig Anstöße gebe. Eine große Gefahr für den Verkehr seien die immer noch viel verwandten Belegsteine auf den Anstößen, die besonders bei unsichertem Wetter zu zahlreichen Unfällen führen. Auch seien Zusammenstöße zwischen Pferdefuhrwerken und Kraftwagen sehr häufig, da das Pferd als Zugtier immer noch eine sehr große Rolle spiele. Die größte Gefahreneinheit für den Verkehr seien jedoch die sogenannten Sommerwege, die besonders in Ostpreußen noch überall zu finden seien. Viele Unfälle ereigneten sich auch an den zahlreichen schrankenlosen Bahnübergängen.

Aus aller Welt.

□ **Unterschlagungen eines Reichsbahnbeamten.** Aus Schwetzn wird gemeldet: Auf der Station Gadebusch wurden Unterschlagungen des Reichsbahnassistenten Reding aufgedeckt. Er ist geflüchtet und wurde sofort seines Dienstes enthoben. Reding hatte einem Bekannten gegenüber aus Gefälligkeit einen Wechsel mitunterzeichnet, der am Fälligkeitstage zu Protest ging. In der Notlage griff Reding die Gütertagesscheine an und bedeckte den fehlenden Betrag durch Nichtzahlung von fälligen Rechnungen. Die Unterschlagungen belaufen sich auf über 2000 Mark.

□ **Ein Staudamm in der Grenzmark gerissen.** Wie aus Schneidemühl verlautet, ist auf dem Kraftwerk Niederborn ein Staudamm gerissen. Jeglicher Versuch, den Damm zu stopfen, war vergebens. Man nimmt an, daß der Miß aus unterirdischen Quellen zurückzuführen ist. Das große Staubecken, das drei Millionen Kubikmeter Wasser fasst, ist vollkommen geleert. Die Wasserfluten drangen durch das ganze Staumauerwerk und überspülten die Ufer der Müddow. Am Kraftwerk selbst betrug die Steigung des Wassers 4 Meter.

□ **Der Umfang der Bergarbeiterentlassungen.** Einer Meldung aus Hindenburg zufolge sollen im gesamten oberschlesischen Bergbau 1500 Mann entlassen werden. Im Hindenburg-Revier meldete bekanntlich schon vor Tagen die Cassefengruben eine beabsichtigte Entlassung von 200 Mann. Auch die Vorkühn-Gruben, Hedwigswundgrube und Ludwigslustgrube nehmen Entlassungen vor. Als Entlassungsgrund wird das milde Winterwetter angegeben. Auch der Polenvertrag spielt dabei eine Rolle.

□ **Internationale Himalaja-Expedition.** Ende Februar wird eine Expedition unter Führung des Breslauer Geologen Dr. H. Dyhrenfurth aufbrechen, um den Kanchenjunga, den zweitgrößten Berg der Welt, 8602 Meter, im östlichen Himalajagebiet zu bezwingen, nachdem im Vorjahre eine Münchener Expedition infolge der zu weit vorgeschrittenen Jahreszeit und der damit verbundenen Schneefürme bei 7450 Meter umkehren mußte. Bewährte Bergsteiger Deutschlands, Englands, Österreichs und der Schweiz werden der Expedition angehören, u. a. Erwin Schneider, Hoerlin und der Engländer Smith. Der Ausgangspunkt der diesjährigen Expedition wird die letzte indische Bahnstation Darjeeling sein. Von dort, etwa zwei bis drei Wochen entfernt, soll in 5000 Meter Höhe ein großes Standlager errichtet werden, von welchem wiederum vier bis sechs Hochlager gegen den Gipfel vorgetrieben werden sollen.

□ **Ueberfallen und zu Tode mißhandelt.** Der dem Ring-Stahlhelm angehörende Walter Graefe aus Ammenbors bei Halle ist nachts von bisher noch unbekannten Tätern überfallen und zu Tode geschlagen worden. Erst nach längerer Zeit wurde er gefunden und dem Krankenhaus Bergmannstrost in Halle zugeführt. Dort ist er den erlittenen Verletzungen am nächsten Vormittag erlegen.

□ **Boublow heiratet eine Vardame.** Wie man aus Bonn erfährt, wird demnächst im Konkurs Boublow eine Gläubiger-versammlung stattfinden, in der über die durch den Tod der Frau Boublow veränderte Lage sowie über den Vergleich berichtet werden soll, den die Hofkammer in Bielefeld in dem Streit angeboten hat, ob die Möbel und die Einrichtung des Palais Schaumburg zur Konkursmasse gehören oder Eigentum des fürstlichen Hauses sind. Aus dem Reinerlös der Versteigerung, die etwa 300 000 Mark ergeben hat, bietet die Hofverwaltung 100 000 Mark zur Befriedigung der Gläubiger an. Die Forderungen der Bonner Handwerker und Lieferanten sind von der Hofkammer bereits zu 60 bis 80 v. H. befriedigt worden. Von Boublows Seite hört man, daß die Verwandtschaft der ehemaligen Prinzessin Viktoria als Abfindung für die Herausgabe des Briefwechsels zwischen ihm und seiner Frau durch einen Bonner Rechtsanwalt 15 000 Mark bezahlt haben soll. Boublow verwendet den Betrag zur Verrückung seiner erheblichen Schulden in Luxemburg und soll dann die Absicht haben, sich mit einer Kölner Barangestellten zu verheiraten. Er glaubt, daß man ihm in Deutschland die Aufenthaltsgenehmigung nicht länger versagen werde.

□ **Den Bruder erschossen.** Laut Meldung aus Straubing gerieten in Obertraubling die Landwirtsöhne und Brüder Wilhelm und Nikolaus Kammermeier vor dem elterlichen Anwesen wegen geringfügiger Ursache in Streit. Der ältere Bruder gab dem jüngeren im Verlaufe des Streites eine Ohrfeige, worauf dieser einen Revolver zog und fünf Schüsse auf den älteren Bruder abgab. Der Bruder wurde so schwer verletzt, daß er bald darauf starb.

□ **Deichbruch bei Bordeaux.** Nach einer Meldung aus Paris durchbrach ein schwerer Sturm in der Atlantikflut in der Nähe von Bordeaux bei der Ortschaft Soulaux die Deiche. Kilometerweit drangen die Bogen vor und überschwemmten die ganze Gegend. Die Ortschaft Soulaux mußte in aller Eile von der Einwohnergesellschaft geräumt werden. Während der Ebbe bemühten sich eine Pionierabteilung von Bordeaux und zahlreiche Freiwillige den Deich wieder auszufüllen. Die nächste Flut riß jedoch die Arbeiten wieder in einer Länge von 200 Metern ein.

□ **„Miß Europa“ gewählt.** In der Pariser Staatsoper fand der „Ball der kleinen weißen Vögel“ zugunsten der Tuberkulose-Heilanstalt für Kinder statt, auf dem aus den Schönheitsköniginnen von neunzehn Nationen die „Miß Europa“ gewählt wurde. Das Fest, an dem der Präsident der Republik, der Ministerpräsident Tardieu, und alle in Paris anwesenden Minister sowie ein großer Teil des diplomatischen Korps und der französischen Aristokratie teilnahmen, trug einen sehr glänzenden Charakter. Zwanzig Kapellen sorgten für Tanzmusik, und über hundert der bekanntesten Künstler füllten ein Variété-Programm aus. Neben der Auslosung von vier Automobilen, einem Perlenkoffer im Werte von 50 000 Franken und einem Kreditbrief über 30 000 Franken fand die Versteigerung eines Paar Handschuhs statt, die vom Staatspräsidenten und sämtlichen Ministern mit ihren Namenszeichen versehen worden waren. Die Einnahmen aus den Eintrittskarten und den Losen betrugen 1 1/2 Millionen Franken. Das Ergebnis der Wahl der Schönheitskönigin von Europa, die nicht öffentlich stattfindet, wurde noch nicht bekanntgegeben.

□ **Beforgnis wegen des Polarforschers Sir Wilking.** Seit sieben Tagen ist es, wie man aus New York meldet, nicht möglich, eine Verbindung zwischen dem Hauptexpeditionsschiff „Melville“ der Wilkingischen Südpolexpedition und dem kleinen Dampfer „William Scoresby“, auf dem Wilking südlich der Decapions-Insel weiter zum Pol vordringen wollte, herzustellen. In amerikanischen Kreisen herrscht über das Schicksal Wilkings und seiner Gefährten große Beforgnis.

Sport-Vorshow.

Die sportlichen Ereignisse am nächsten Sonntag.

Fußball.

In Süddeutschland werden die Endspiele mit dem vollen Programm von 12 Begegnungen fortgesetzt. In der „Runde der Meister“ spielen: Bayern München—FC. Freiburg, FC. Birmensdorf—SpVgg. Jülich, SV. Waldhof—Eintracht Frankfurt, Borussia Worms—V. f. V. Stuttgart. Haben in München und Worms die Playverine die größeren Chancen, so werden wohl die beiden Vertreter des Bezirks Rhein/Saar gegen die beiden Tabellen-Ersten kaum zu Punktgewinn kommen. In der Trostrunde Südost spielen: Jahn Regensburg—1. FC. Nürnberg, Phönix Karlsruhe—V. f. R. Heilbronn, Union Hildingen—FC. Karlsruhe, HSV. Nürnberg—1860 München. Hier ist das Nürnberger Treffen von besonderer Bedeutung, der Ausgang ist als offen anzusehen.

Handball.

In Bayern ist die SpVgg. Jülich, in Württemberg die Stuttgarter Riders, in Baden Polizei-Freiburg bereits Meister. In der Gruppe Rhein werden sich am Sonntag nochmals V. f. R. Mannheim und 1908 Mannheim gegenübersehen. Die Gruppe Nordbayern hat noch rückständige Meisterschaftsspiele: Kar. Hochbo—HSV. Nürnberg und Polizei Nürnberg—FC. Bayreuth.

Rugby.

Am Sonntag treffen sich in Heidelberg der Heidelberger BSC. und der Tu. 46. Der BSC. 1880 Frankfurt fährt nach Heidelberg zur Rudergesellschaft. In der Meisterschaft von Brandenburg/Mitteldeutschland stehen sich SC. Charlottenburg und Siemens-Berlin gegenüber.

Hockey.

Zwei Begegnungen beanspruchen besonderes Interesse. Der Tu. 60 Frankfurt empfängt den SC. 1880, der FC. Heidelberg hat mit dem Bonner TSV. einen der stärksten westdeutschen Gegner zu Gast.

Radsport.

Die Tagung der Union Cycliste Internationale in Paris beschloß, die Weltmeisterschaften des Jahres 1930 gegen die Uhr, d. h. nach der Zeit, auszutragen. Es soll also der 100-Km.-Lauf der Eicher erst dann auf den Wagen entschieden sein, wenn jeder Fahrer die volle Strecke zurückgelegt hat. Für den Sieger ist diese Änderung belanglos. Von den belgischen Delegierten wurden dann die genauen Termine für die einzelnen Weltbewerbe der Weltmeisterschaften 1930 in Brüssel bekanntgegeben:

Samstag, 23. August: Ausscheidungen der Flieger (Amateure und Berufsfahrer); Sonntag, 24. August: Endlauf der Flieger (Amateure und Profis); Donnerstag, 29. August: Ausscheidungstrennen der Steher; Samstag, 30. August: Endlauf der Steher-Weltmeisterschaft; Italien und Holland haben sich für die Austragung der Weltmeisterschaften 1932 und 1933 eingesetzt.

Hagen.

Joe Jacobs, Schmeling's amerikanischer Interessenvertreter, befindet sich gegenwärtig auf der Reise nach Deutschland, um mit Schmeling im April nach den Staaten zurückzuführen. Vorher soll Schmeling gegen einen zweitklassigen Amerikaner, etwa Maloney, in Berlin antreten. Schmeling beabsichtigt diese Mitteilung, soweit sie sich auf Jacobs' Abreise nach Deutschland bezog. Er ist auch bereit, gegen Maloney anzutreten, doch steht ein genauer Termin noch nicht fest, wenn er überhaupt zustande kommt und es sich nicht wieder um eine Reklame handelt.

Wassersport.

Die Balkanstaaten beabsichtigen, im Jahre 1931 eine Balkan-Olympiade durchzuführen, die in der bulgarischen Hauptstadt Sofia vor sich gehen soll. Alle Sportarten — auch Wintersport — sollen auf dem Programm zu finden sein.

DIE LIEBE DER BRIGITTA DER HOLLERMANN

Roman von Elisabeth Ney

Copyright by Martin Feuchtwanger, Halle (Saale).

147

Da, der Spul war vorüber, denn es konnte nur ein Spul, eine Halluzination, eine Sinnesstörung, nichts anderes, gewesen sein.

Und doch hatte sie das Gesicht so deutlich, so lebendig, so greifbar vor sich gesehen!

Brigitta Hollermann glaubte in einem vorüberfahrenden Auto das Gesicht des Mannes ihrer Sehnsucht, Doktor Hans-Jörg Egenbrecht erkannt zu haben.

Es war sein Gesicht gewesen, nur älter, schmaler, von der Sonne gebräunt, mit einem merkwürdig-bitteren, satistischen Zug.

Vielleicht nur eine Ähnlichkeit? —

Gab es denn solch entsetzliche Ähnlichkeit überhaupt? Vor Brigittas Augen begann es zu klammern, und ihr Herz hämmerte in wilden Schlägen, so daß sie fürchtete, ohnmächtig zu werden.

Nur für einen Moment, dann war der Anfall vorüber. Es war ihr jetzt, als müsse sie dem Wagen nachstürzen, um sich Gewißheit zu verschaffen.

Umsonst versuchte sie sich zu fassen, und schalt sich eine Törlin.

Hans-Jörg Egenbrecht in China, hier in Hongkong? War das möglich? Konnte dies denn wahr sein?

Erst allmählich wurde sie ruhiger, und dachte gefasster, fühlte über das jaeben Erlebte nach.

Sie empfand es jetzt beinahe lächerlich, durch die zufällige Ähnlichkeit eines Fremden mit dem Mann ihrer stillen Sehnsucht aus dem Gleichgewicht gebracht worden zu sein.

Aufatmend gewahrte sie plötzlich inmitten des Straßengetriebes Herr Voldentamp, der dem Café zustrebte.

Gleich darauf stand er vor ihr, und sagte:

„Nun, Schwester Brigitta, auf dem Konsulat dauerte es länger, als ich vermuten konnte. Hoffentlich haben Sie sich nicht geärgert; so lange allein in fremder Umgebung.“

Brigitta schüttelte nur leicht den Kopf, aber in ihren Augen lag noch immer der erschrockene, verstörte Ausdruck.

„Um Himmels willen, weshalb sind Sie so leichenblau? Ist Ihnen etwas Unangenehmes widerfahren? Hat man Sie etwa gar betäubt?“ rief Voldentamp jetzt, bestürzt über ihr Aussehen.

Brigitta verneinte hastig, vermied es aber unwillkürlich, seinem erstaunt- und ängstlich-fragenden Blick zu begegnen.

Voldentamp drang nicht länger in sie.

„Kommen Sie, Schwester Brigitta, nun machen wir zusammen die Rundfahrt durch die Stadt Hongkong, wie ich es versprochen habe“, sagte er in aufmunterndem Ton.

Aber Brigitta wehrte beinahe heftig ab.

„Bitte, Herr Voldentamp, lassen Sie uns doch lieber gleich nach Hause fahren, ich habe starke Kopfschmerzen“, bat sie ängstlich.

„Kopfschmerz? Aber, liebes Kind, das vergeht unterwegs. Kein Wunder übrigens: die Luft ist hier unten drückend und schwül. Ich verstehe Sie gar nicht mehr! Was konnte Sie nur so verändern? Sie hatten sich doch gerade so sehr auf diese Rundfahrt gefreut, die ja eigentlich der heutige Grund Ihres Mitkommens war“, entgegnete der Missionar gutmütig.

Da sträubte sich Brigitta Hollermann nicht mehr länger. Ein plötzlich heimlich-hoffender Gedanke war in ihr aufgeblüht.

Vielleicht fügte es auf der Fahrt ein glücklicher Zufall, daß sie diesem Fremden noch einmal begegnete!

Sie hatte es jetzt beinahe eilig, ins Auto zu kommen.

Ihre brennende Hoffnung ward nicht erfüllt, so sehr sie auch mit ängstlich-suchenden Blicken die Straßen überflog.

Sie suchte vergebens.

Man lehrte heim.

Schweigend saß Brigitta in den Polstern des Autos, und Voldentamp störte sie nicht mehr. Er schien wohl nun selbst, nach ihrem bleichen Aussehen zu urteilen, an ihre Kopfschmerzen zu glauben.

Wenn Sie lieber ein wenig ruhen wollten, Schwester Brigitta, so will ich Schwester Maud gern bitten, Sie über die Mittagstunden zu vertreten“, sagte er beim Aussteigen.

Brigitta dankte mit matter Stimme, und nahm das Anerbieten freudig an.

Allein sein, nur für kurze Zeit ganz allein sein!, schrie es in ihr.

Auf ihrem Zimmer angekommen, warf sie sich auf Bett und barg den Kopf, von wildem Schluchzen geschüttelt, in den Kissen. —

Fahl und verstört trat Brigitta Hollermann am Nachmittag wieder ihren Dienst an, und erst, als die Kinder fragten: Schwester Gitta, du bist aber doch heute gar nicht so lieb wie sonst, raffte sie sich bei diesen Worten zusammen, und tollte mit der kleinen Schar nach alter Gewohnheit im Spiel über die weiten Rasenflächen; wenn auch das Herz dabei blutete.

Doch seit der Fahrt hinab nach Hongkong war Schwester Brigitta eine andere geworden.

(Fortsetzung folgt.)